

PRESSEMITTEILUNG

Über den 27. Jänner hinaus: Lebendige Erinnerung an Jehovas Zeugen im NS-Widerstand

Der 27. Jänner als Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus ist ein würdiger Anlass, um Jehovas Zeugen als eine der ersten von der Verfolgung durch die Nationalsozialisten betroffenen Gruppen hervorzuheben. Ihr unbeirrbarer Glaube, ihre konsequente Ablehnung von Gewalt und ihr mutiger Widerstand gegen die nationalsozialistische Ideologie bleiben ein eindringliches Beispiel für Zivilcourage und verdienen bis heute hohe Anerkennung.

Wien, 27. Januar 2026 — Der konsequente Widerstand von Jehovas Zeugen gegen das NS-Regime – vom Verweigern des Hitlergrußes bis zur Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen – kostete viele ihr Leben. Über 1.700 wurden getötet, Tausende wurden wegen ihres Glaubens inhaftiert sowie in Konzentrationslagern und Gefängnissen systematisch misshandelt. Ihre Geschichte ist beispielhaft dafür, wie essenziell Erinnerungskultur ist, um Werte wie Menschenrechte und Zivilcourage lebendig zu halten.

Vielfältiges Erinnern im Gedenkjahr 2025

Die Glaubensgemeinschaft gedachte 2025 in vielfältiger Weise ihrer Opfer. Hervorzuheben ist eine Gedenktafelenthüllung in Tulln Anfang Oktober 2025. Sie erinnert an die 14 örtlichen verfolgten Zeuginnen und Zeugen Jehovas, von denen die Hälfte zu Tode gebracht wurden. Karl Bockenauer, ein Zeuge Jehovas in Tulln, wies in einer Rede darauf hin, dass ihre „überzeugte Verweigerung des Kriegsdienstes und der Kooperation mit dem NS-Regime ihr klares Bekenntnis zum christlichen Gebot der Nächstenliebe zur Grundlage hatte, mit allen Konsequenzen.“

Der Historiker Harald Walser spricht von Jehovas Zeugen als jener Gruppe, die verhältnismäßig hart verfolgt wurde. Er erinnert auch daran, dass „eine solche Gedenkveranstaltung in Zeiten wie diesen vor allem dann erfolgreich ist, wenn wir daraus Konsequenzen für unser Handeln ziehen“, denn man sähe, was passiert, wenn niemand früh genug gegen solches Unrecht aufsteht.

Ein Mahnmal im Herzen Berlins – ein neues Kapitel der Erinnerung

Der Deutsche Bundestag hat am 22. Juni 2023 einstimmig beschlossen, den im Nationalsozialismus verfolgten und ermordeten Zeugen Jehovas ein eigenes Mahnmal im Berliner Tiergarten zu widmen. Die Eröffnung ist für den 24. Juni 2026 festgelegt. Es wird an der Stelle stehen, wo schon damals im Verborgenen Treffen stattfanden – am Goldfischteich, einem Ort des friedlichen Widerstands. Das Mahnmal soll als zentraler Ort der Aufklärung und Erinnerung dienen.

MEDIENKONTAKT

Markus Kakavis | Sprecher | +43 670 558 1109 | MKakavis@jw.org

PRESSEMITTEILUNG

Ausstellung schlägt Brücke zur Gegenwart

Ein weiteres Zeichen setzt seit September 2025 die Ausstellung „Niemals Allein“ im Zweigbüro Zentraleuropa von Jehovas Zeugen im deutschen Hessen. Sie erzählt die Geschichte der Glaubensgemeinschaft in Zentraleuropa – von ihren Anfängen als Bibelforscher im späten 19. Jahrhundert bis zur systematischen Verfolgung im Dritten Reich.

Besonders innovativ: *Die Ausstellung verknüpft historische Dokumente und persönliche Schicksale mit aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen wie Hassrede, Intoleranz und Ausgrenzung.* Der Eintritt ist frei, und die Ausstellung ist so gestaltet, dass sie barrierefrei für jeden leicht zugänglich ist.

Warum das Erinnern gerade heute wichtig ist

Die Erinnerung an Gruppen, die Ziel der Aggression der Nationalsozialisten waren, darunter auch Jehovas Zeugen, ist mehr als ein rückblickender Akt. Die heutige Realität ist nicht mit den Verbrechen der NS-Zeit vergleichbar. Dennoch sehen sich Mitglieder der Glaubensgemeinschaft weiterhin Diskriminierung und Vorurteilen in ganz Europa ausgesetzt, oft befeuert durch eine Berichterstattung, die Meinung und Fakten vermischt.

„Aus diesem Grund ist es wichtig, Geschichte sichtbar zu machen und fest im öffentlichen Bewusstsein zu verankern“, sagt Markus Kakavis, Sprecher von Jehovas Zeugen in Österreich. „Es hilft neuen Generationen zu verstehen, dass Hassrede und Stigmatisierung – unabhängig von religiösem oder kulturellem Hintergrund – schwerwiegende Folgen haben können, wenn sie nicht frühzeitig hinterfragt werden.“